



II- 8315 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

18. Juli 1989

DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE
DR. MARILIES FLEMMING

1031 WIEN, DEN
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 71 1 58

Zl. 70 0502/117-Pr.2/89

3809 IAB

1989 -07- 24

zu 3915 IJ

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Auf die schriftliche Anfrage Nr. 3915/J der Abgeordneten Grabner, Dr. Stippel und Genossen vom 8. Juni 1989, betreffend Fischerdeponie in Theresienfeld, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

ad 1:

Auf Grund des großen Aktenanfalls und der geringen Personalkapazitäten in meinem Ressort sind meine Mitarbeiter kaum in der Lage, an Fristen gebundene Erledigungen zeitgerecht vorzubereiten.

Das Schreiben des Bürgermeisters von Theresienfeld langte am 21. März 1989 in meinem Ministerbüro ein. Das entsprechende Antwortschreiben wurde von mir am 12. Juni 1989 genehmigt.

- 2 -

ad 2:

Ein Bürgermeister, der gewillt ist, eine Umweltbombe in seinem Gemeindegebiet sanieren zu lassen, besitzt bei mir einen hohen Stellenwert.

ad 3 bis 5:

Bei den technischen Möglichkeiten zur Sanierung einer Altlast wie der "Fischer- Deponie" muß man unterscheiden zwischen Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Kontamination und eigentlichen Sanierungsmaßnahmen zur Beseitigung der Kontamination selbst. Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen müssen oft parallel bzw. hintereinander ergriffen werden und können nicht für jede Altlast gleichermaßen Anwendung finden. Vielmehr müssen für jeden Einzelfall durch entsprechende Untersuchungen die geeignetsten Lösungen aufgezeigt werden.

Die Lösungsvorschläge zur Sanierung der "Fischer-Deponie" sind mir bekannt.

Sofort nach Fertigstellung entsprechender Gutachten durch die Herrn Univ. Prof. Dr. Brand und Dr. Reitinger von der Technischen Universität Wien wurden geeignete Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Kontamination aus der Fischer-Deponie in Angriff genommen. Die abgetäufte Bohrung und die Wasseranalyse hat den Nachweis erbracht, daß aus der "Fischer-Deponie" chlorierte Kohlenwasserstoffe in das Grundwasser einsickern. Um ein weiteres Einsickern möglichst kurzfristig zu verhindern, wurde von mir dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds der Auftrag erteilt, Sicherungsmaßnahmen als Sofortmaßnahme nach dem Umweltfondsgesetz durchzuführen zu lassen. Diese Sicherungsmaßnahmen werden in einer Kette von Sperrbrunnen und einer Wasseraufbereitungsanlage bestehen. Ab Herbst 1989 wird nach Fertigstellung der Sperrbrunnen das kontaminierte Wasser abgepumpt, in einer

- 3 -

Wasseraufbereitungsanlage von den chlorierten Kohlenwasserstoffen gereinigt und danach wieder versickert.

Mit dieser von mir veranlaßten und vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds in kürzestmöglicher Zeit realisierten Maßnahme ist ab Dezember 1989 sichergestellt, daß keine weiteren Belastungen aus der "Fischer-Deponie" den Grundwasserkörper kontaminieren.

Über die konkreten technischen Maßnahmen werden Vertreter des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds und die von ihm beauftragten Fachleute vor Ort den betroffenen Bürgermeistern und den Anrainern in einer Informationsveranstaltung Rede und Antwort stehen.

Diese Veranstaltung ist bereits vereinbart, vor allem um die Möglichkeit für Fragebeantwortungen zu schaffen und die Lokalverantwortlichen optimal zu informieren.

ad 6 bis 8:

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Theresienfeld hat bei mir für den 11. Juli 1989 um 8.30 Uhr einen Gesprächstermin erhalten.

Aus terminlichen Gründen hat der Bürgermeister diese Besprechung kurzfristig absagen müssen, ein neuer Termin wird für August 1989 ins Auge gefaßt.

